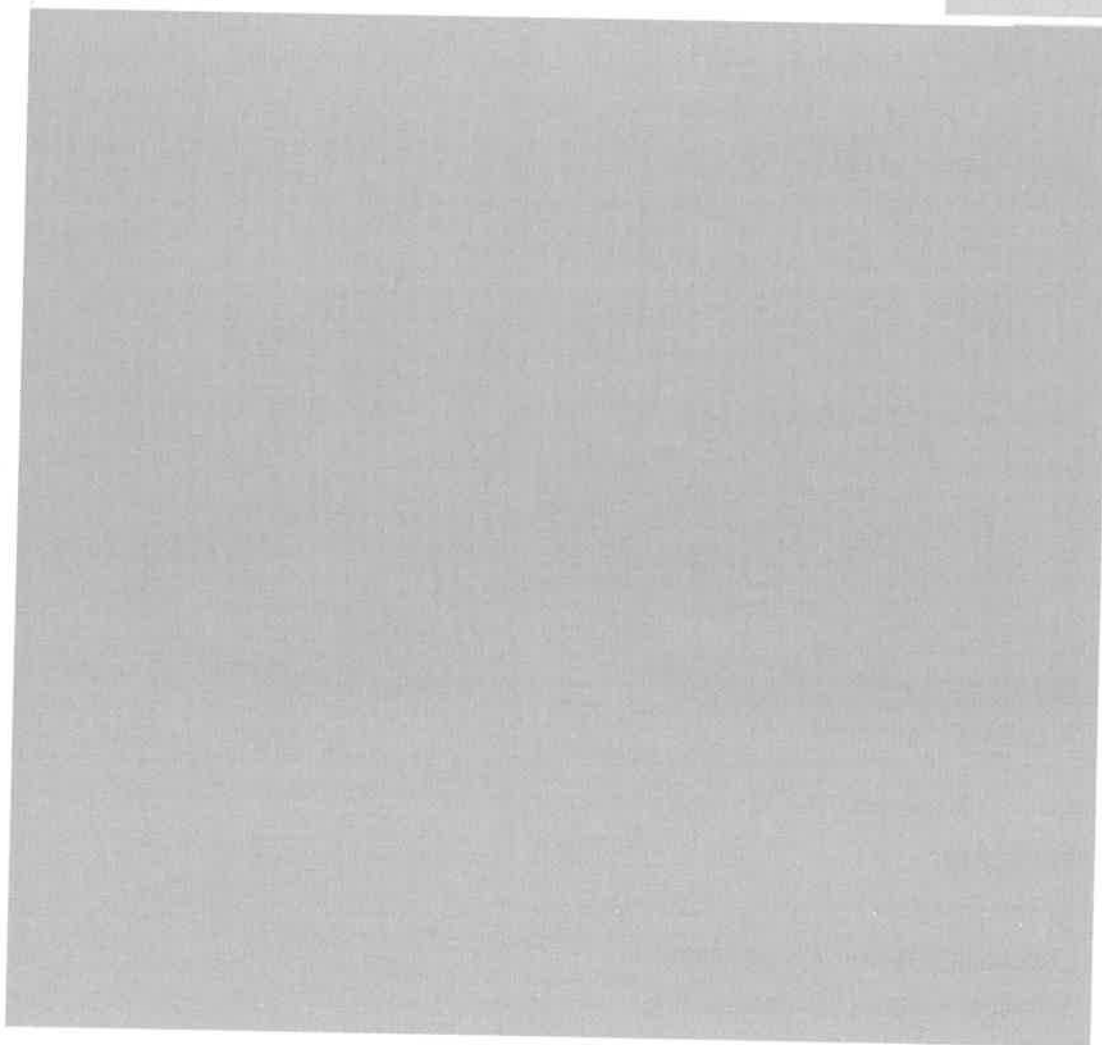


Vertraulich*

Niederschrift 4/02
der 430. Tagung des Wissenschaftlichen Beirats
beim Bundesministerium der Finanzen
am 07./08. Juni 2002
in Rostock „Courtyard Marriott Hotel“

A. Teilnehmer

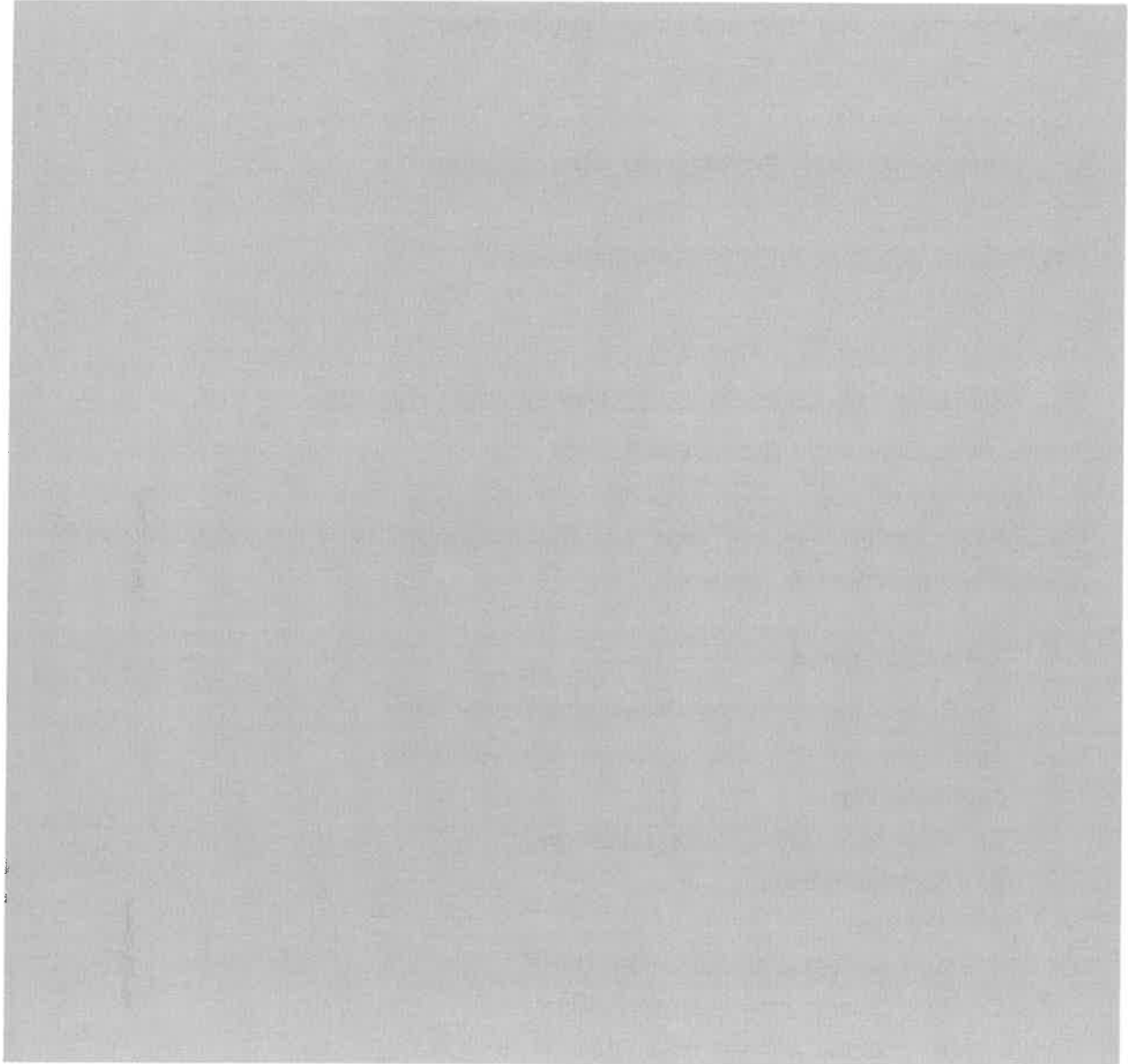


* Es wird ausdrücklich - insbesondere im Hinblick auf die Diskussion mit Gästen und die Verteilung von Unterlagen - auf den Vertraulich-Vermerk hingewiesen.

B. Tagesordnung

- I. Mitteilungen der Vorsitzenden
- II. Feststellung der Tagesordnung
- III. Bemerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung
- IV. Koordinierung der Stabilitätspolitik in Europa? (überarbeiteter Textentwurf)
- V. Stellungnahme/Gutachten zur Berücksichtigung von Kindern in der umlagefinanzierten Sozialversicherung
- VI. Tagesordnung der nächsten Sitzung
- VII. Verschiedenes

I. Mitteilungen der Vorsitzenden



II. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

III. Bemerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll wird ohne Änderungen angenommen.

IV. Verstärkte Koordinierung der Stabilitätspolitik in Europa?

Der Beirat berät die vorab übersandte Vorlage.

Die Gliederung erhält folgende Fassung (statt „Koordination“ soll durchgängig der Begriff „Koordinierung“ verwendet werden):

- I. Zur Ausgangslage
- II. Zur Rolle der antizyklischen Finanzpolitik in der EWU
- III. Zu den theoretischen Begründungen einer verstärkten Koordinierung
 1. Angebots- versus Nachfrageschocks
 2. Spillover-Effekte
- IV. Politikoptionen
 1. Zentralisierung der Stabilitätspolitik?
 2. Koordinierung der Stabilitätspolitik?
 - a. Formen der Koordinierung
 - b. Bisherige Vereinbarungen zur Koordinierung
 - c. Harte Koordinierung
 - d. Koordinierungslücke?
- V. Vergleich der Vor- und Nachteile
 - I. Vorschlag einer Zentralisierung
 - II. Vorschlag einer verstärkten Koordinierung
- VI. Zusammenfassung

Zur Textdiskussion:

Seite 1:

- Zeile 35: Einfügung „Nominale“ vor „Aufwertungen.“

Seite 2:

- [REDACTED] formuliert Klarstellungen zu den Zeilen 21/22 zum Zusammenhang von automatischen Stabilisatoren und dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt.
- Der Absatz Zeile 27/29 entfällt.
- Zeile 29: Ersetzung „die“ durch „eine“
- Zeile 30: Ersetzung „, mit einer reinen“ durch „die sich allein auf“
- Zeile 31 Einfügung „stützt,“ vor „nicht“.
- Stilistik: mehrmals Nebensatz mit „dass“ im Absatz Zeilen 29-35.

Seite 3:

- Zeile 1: Einfügung „aktuellen“ nach „der“.
- Zeile 16: Streichung „(EWU-Länder)“.
- Zeile 25: Ersetzung „vollzogene Steuerharmonisierung“ durch „vollzogene Harmonisierungsschritte“

Seite 4:

- Hinweis auf „symmetrische Schocks“ und entsprechende Definitionen sollten aufgenommen werden.
- Zeile 8: Einfügung „allerdings noch“ nach „zeigen“.
- Zeilen 9/10: Streichung „Die EWU ... Währungsraum“. Einfügung „Volkswirtschaften der“ vor „Teilnehmerländer“.
- Zeile 28: Ersetzung „und“ durch „oder“
- Zeile 31: Einfügung „insbesondere Arbeit“ nach „Produktionsfaktoren“.

Seite 5:

- Zeile 2: Einfügung „zumindest in Teilmärkten durch Regulierungen (etwa Mindestpreise)“ nach „Mitgliedsländern“
- Zeile 8: Einfügung „wie bereits erwähnt“ nach „Da“
- Zeile 10: Ersetzung „Maßnahmen“ durch „Politikbereiche“
- Zeile 35: Ersetzung „Wohl“ durch „eher“

Seite 6:

- Zeile 1: Ersetzung „Staatenbund“ durch „Gegensatz zur“ und „langfristig“ durch „längerfristig“
- Der vorstehende Absatz (beginnend auf Seite 5, Zeile 16) lese sich wie die Befürwor-

tung eines Finanzausgleichs, Überarbeitung/Herausnahme des Begriffs „Solidargefühl“ wurde verabredet.

- Zeile 8: Einfügung „besonders“ nach „dabei“.
- Die formale Darstellung der Spiegelpunkte sollte überarbeitet werden; Einrücken; der dritte Punkt sollte angereichert werden, kontraktive und expansive Richtung;

Seite 7:

- Zeilen 1 bis 4: Nur für den hier aufgeführten Fall stelle sich das Problem der Koordination.
- Zeile 12: Änderung in der Klammer: (zum Beispiel wegen zu hoher Löhne)
- Zeile 19: Einfügung „regionalen“ nach „die“.

Seite 8:

- Zeile 2: Ersetzung „Absickerverluste“ durch „Sickerverluste“.
- Zeile 10: Ersetzung „Internalisierung“ durch „Kompensation“.
- Zeile 14: Ersetzung „zudem“ durch „also“.
- Zeile 19: Streichung „ob und“.
- Zeile 32: Ersetzung „geeignet“ durch „erforderlich“; Streichung „, der Internalisierung der externen Effekte zu dienen“.
- Zeile 35: Ersetzung „Modelltheoretisch läßt sich zeigen, dass es sogar Konstellationen gibt“ durch „Es können zwar Situationen auftreten“

Seite 9:

- Zeilen 10 bis 28: Ersetzung „zeigen Folgendes: klein sind“ durch „legen nahe, dass nur von geringen Effekten auszugehen ist“. (Die Zahlenangaben im ersetzten Absatz werden nicht als hilfreich angesehen.).

Seite 10:

- Zeile 29: Ersetzung „gerüstet“ durch „geeignet“.
- Zeile 30: Einfügung „aus guten Gründen“ nach „gilt“.

Seite 11:

- Zeile 8: Vor „Abgesehen davon“ sollte die Ablehnung aus allokatons- und distributonspolitischen Gründen eingebaut werden.

Seite 12:

- Es wurde vorgeschlagen, (in den Aufzählungen) deutsche Begriffe voranzustellen und englische in Klammern dahinter zu setzen (soweit überhaupt deutsche Begriffe existieren).

Seite 13:

- Zeile 8: Streichung „Außerdem wird“, Einfügung „wird“ nach „EU“.
- Zeile 17: Ersetzung „Assessment“ durch „Bewertung durch die Kommission“.
- Zeile 24: Ersetzung „Kostenanstieg“ durch „Nachteil“; an dieser Stelle werden erläutern-
de Ausführungen für nötig befunden.

Seite 15:

- Zeile 9: Ersetzung „Kritisch gesehen wird vielfach“ durch „Zu kritisieren ist“.
- Zeile 12: Ersetzung „Offenbar strebt die EU-Kommission“ durch „Die EU Kommission strebt“; die folgenden Ausführungen werden neu formuliert.

Seite 16:

- Zeile 14: Der Begriff „Mithaftung“ soll ersetzt werden.
- Zeile 24: Ersetzung „aufzustellen“ durch „zu realisieren“.
- Neuformulierung des Satzes Zeilen 25 bis 29: „Manche halten diesem Vorwurf entgegen, das eigentliche Ziel des Paktes bestehe in einer nachhaltigen Finanzpolitik, und genau dies sei geschehen.“

Seite 17:

- Die Seite 17 der Vorlage sollte umgestellt werden; Spillover-Argument vorziehen (Gültigkeit in großen und kleinen Ländern); Argumente im ersten Absatz beziehen sich nicht auf schwere und schwache Rezession, sondern auf kleines Land.
- Zeile 10: Ersetzung „geringen“ durch „schwachen“
- Zeile 14: Ersetzung „Absickerverluste“ durch „Sickerverluste“.
- Zeile 29: Absatz nach „...rechtfertigen.“ ; Ersetzung „Dagegen“ durch „Gegen eine verstärkte Koordinierung“

Seite 18:

- Zur Terminologie: Einführend sollte darauf hingewiesen werden, dass Vor- und Nachteile im ökonomischen Sprachgebrauch mit den Begriffen Nutzen und Kosten umschrieben werden, im weiteren Text können dann die Begriffe Nutzen und Kosten weiter

verwendet werden.

Seite 19:

- Es wird vorgeschlagen, den Absatz Zeilen 14 bis 23 um Doppelaussagen zu bereinigt in das letzte Kapitel „Zusammenfassung“ einzuarbeiten.
- Zeilen 33 bis 35: Streichung des Satzes „Da sie ... Mehrwert“

Seite 21:

- Zum oberen Spiegelstrich (Zeilen 2 bis 17) wird darauf hingewiesen, dass koordinierte Politik robuster gegenüber Wählern agieren könne; der Absatz könnte in differenzierter Form vielleicht an eine andere Stelle gesetzt werden; an dieser Stelle sollte er wegen des vermuteten Nullsaldos bei der Abwägung der Nutzen und Kosten gestrichen werden.

Seite 22:

- Zeile 6: Ersetzung „und“ durch „so“.
- Mit der Bitte um vertrauliche Behandlung übergibt [REDACTED] dem Beirat den Abdruck eines Briefwechsels zwischen [REDACTED] zur Annäherung des deutschen Haushaltsdefizits an die 3%-Grenze.

Weiteres Vorgehen: Weitere Kommissionssitzung zur Erstellung einer neuen Vorlage für die nächste Sitzung des Beirats im Juli; anschließend Fertigstellung im Umlaufverfahren.

V. Stellungnahme/Gutachten zur Berücksichtigung von Kindern in der umlagefinanzierten Sozialversicherung

Der Beirat setzt die Erörterung der Beiratsvorlage ab Seite 13 fort.

Ein Mitglied des Beirats vertritt eine grundlegend divergierende Auffassung bezüglich der Methode der Erörterung der Kernproblematik des Gutachtens. Die Maßstäbe der Beitrags- bzw. Teilhabeäquivalenz seien verkürzend. Relevanter Ansatzpunkt sei eine Erbschuld, die normalerweise nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit durch Belastung aller Einkommensarten, d.h. aus dem Steuersystem abgetragen werden müsse. Bei der Einführung der Pfl-

geversicherung sei jedoch anders verfahren worden: Nur Arbeitnehmer würden mit ihrem Lohneinkommen herangezogen, die versprochenen Leistungen seien nur eine vage Aussicht.

Bei der Prüfung der Eignung von Beitragsdifferenzierung sei nicht auf intergenerative Aspekte, sondern auf die Familie als Ganzes und einen horizontalen Vergleich abzustellen; die Gegenüberstellung von Kinderlosen mit Kinderreichen zeige eine ungleich größere Belastung der Familien mit Kindern; sie zahlten neben dem Beitrag in Geldeinheiten einen realen Beitrag in Form der Kindererziehung und Kinderbetreuung. Dies sei auszugleichen.

Während auf der einen Seite in der vorgetragenen Position eine wertende Forderung gesehen wird, auf die wissenschaftlich keine Antwort vorstellbar sei, sehen andere Beiratsmitglieder den Dissens nicht unüberwindbar groß. Neben der Übereinstimmung, dass ein Nachhaltigkeitsmangel bestehe, sei die abweichende Auffassung vom systematisierenden Konzept der Vorlage auf Seite 19, Zeilen 19 – 25 erfaßt - werde allerdings durch Zweifel am empirischen Gehalt des dort unterstellten Altruismus im Folgenden relativiert. Eine Änderung dieser Position und ein entsprechend modifiziertes Fazit wird für vorstellbar gehalten – von anderer Seite wird allerdings ein Zusammenhang von Erbschuld und Forderung nach Beitragsdifferenzierung bestritten.

Andere Beiratsmitglieder verweisen auf die systematische Bedeutung des Kindergeldes (Familienlasten/-leistungsausgleich), es wird jedoch entgegnet, dass das Bundesverfassungsgericht dies für die vorliegende Problematik ausdrücklich abgelehnt hatte; zudem profitierten auch die von den Leistungen der Pflegeversicherung ausgeschlossenen Personen von einem beim Kindergeld ansetzenden Ausgleichsversuch.

Die Eignung eines systematisch breiteren Ansatzes – bis hin zur Diskussion der Ersetzung ineffizient bürokratischer, nicht miteinander abgestimmter Sozialversicherungszweige durch Steuerlösungen ist für die vorliegende Fragestellung umstritten; neben dem konkret vorliegenden Prüfauftrag für das bestehende System sei allerdings auch zu bedenken, dass die Sozialversicherungssysteme juristisch Eigentumsansprüche sicherten, Transfersysteme seien dagegen beliebig veränderbar. Ferner sei die Trennung von Umverteilungsgesichtspunkten und Äquivalenz/Teilhabeäquivalenz zu beachten. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass bei der Prüfung der Übertragbarkeit auf andere Sozialversicherungszweige der Aufbau des Gutachtens den gravierenden Unterschieden der einzelnen Sozialversicherungszweige bezüglich deren Leistungen Rechnung tragen könnte.

Der Beirat verständigt sich darauf, Beratung und Entscheidungen zu den aufgeworfenen grundsätzlichen Fragestellungen nach der Textdiskussion des vorliegenden Entwurfs erneut aufzunehmen.

Auf Seite 13 sei der Satz „Die Entlastung ... ausloben.“ (Zeilen 12-14) zu streichen, ebenso „von ihrer Entstehungsgeschichte“ in Zeile 30.

Die Bedeutung des Abschnitts „6. Beitragsbemessung nach Beitragsäquivalenz“ werde nicht deutlich.

Es wird angeregt, nur die für die Fragestellung relevante Teilhabeäquivalenz zu erörtern.

Auf Seite 18 sei in Zeile 29 nach „Kindern“ das Wort „gedanklich“ und nach „mit“ „dynastischer“ einzusetzen.

Die Gliederung sollte wie folgt geändert werden:

- III. Verteilungswirkungen in der Pflegeversicherung
 - A. Beitragsäquivalenz (Überschrift zum Text Seite 14, Zeile 28 bis Seite 16, Zeile 23)
 - B. Verteilungswirkungen der Pflegeversicherung und der Beitragsdifferenzierung
 - C. Interfamiliale Verteilungswirkungen

VIII. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Die nächste Beiratssitzung findet am 12./13. Juli 2002 in Köln statt. Voraussichtliche Tagesordnung ist:

- I. Mitteilungen der Vorsitzenden
- II. Feststellung der Tagesordnung
- III. Bemerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung
- IV. Verstärkte Koordinierung der Stabilitätspolitik in Europa? (überarbeiteter Textentwurf)
- V. Stellungnahme/Gutachten zur Berücksichtigung von Kindern in der umlagefinanzierten Sozialversicherung

- VI. Neues Gutachtenthema
- VII. Tagesordnung der nächsten Sitzung
- VIII. Verschiedenes

In absehbarer Zeit soll auch über Sitzungstermine und -orte 2004 und über die Zuwahl neuer Mitglieder gesprochen werden.

VIII. Verschiedenes

Entfällt.

Bonn / Göttingen, den 19. Juni 2002

gez. 

gez. 

